

Schafft ein, zwei, viele "Lampedusas in Hamburg"

von Jochen Schwarz, Jurist & LL.M, Europarecht, Mitarbeiter der Oase Berlin, Flüchtlingsberatung, Nov.13

Begreifen Sie die Deutsche Regel, Herr Navi? (der "Residenzpflicht", Anmerkung J.S.)

Flüchtling Akhtar Nabi: Nein, warum darf ich nicht nach München fahren, um einem Freund zu besuchen?

Die Zeit: Viele Deutsche fürchten , wenn man es einem Flüchtling zu leicht macht, kommen immer mehr. Können Sie die Sorge verstehen?

Nabi: Wie soll ich die Deutschen verstehen, wenn ich sie nicht kennenlerne?

(Die Zeit, Was machen die den ganzen Tag? - Streitgespräch, 7.11.2013)

Was geschieht eigentlich derzeit in Deutschland in der Flüchtlings- und Migrationspolitik?

In Hamburg stranden Flüchtlinge, vor allem aus Eritrea und Somalia stammend, in Italien offiziell als asylberechtigt im Sinne der Genfer Konvention anerkannt, aber danach von der italienischen Regierung mehr oder weniger ihrem Schicksal überlassen, weil sie keine Hilfe dort bekommen, ihnen gesagt wird, sucht euch ein Land in Europa- ihnen jedoch verschwiegen wird, dass sie in Hamburg lediglich Obdachlosigkeit und Arbeitsverbote erwartet.

Sie sind hier schlicht unerwünscht.

Als einige der Vertreter der gegründeten Gruppe "Lampedusa in Hamburg" und nun auch "Lampedusa in Berlin" letzte Woche auf der Konferenz der Böll Stiftung "Sinkende Boote - dichte Schotten - Die Krise der europäischen Asyl- und Menschenrechtspolitik" und im Flüchtlingsrat Berlin mit der dringenden Bitte vorsprachen, dass sich die Vertreter bei den zuständigen Regierungen für sie einsetzen, in Deutschland bleiben zu können getreu ihrer Forderung: "we are here to stay", wurde auch die Machtlosigkeit der Flüchtlingshelferszene klar, die Erwartungen als deren Vertreter wirken zu können: sie werden diese Erwartungen nicht erfüllen können.

Auf nationaler Ebene zuckt Innenminister Friedrich nur mit den Schultern und verweist auf die italienische Zuständigkeit und will auch das unsägliche Dublin System, das zu den Katastrophen von Lampedusa erst führte, nicht ändern, blockiert dies auch regelmäßig in den EU Verhandlungen und verweist stattdessen im selben Atemzug auf die statistisch im übrigen nicht belegte "Zuwanderung in die Sozialsysteme" durch Wanderarbeiter aus Rumänien und

Bulgarien, das es gelte, notfalls mit Ausweisung, Einhalt zu gebieten. Die damit vor allem wohl gemeinte Minderheit der Roma ist er clever genug nicht direkt auszusprechen damit er zumindest keiner direkten Diskriminierung verdächtig ist. Diese Konnotation übernehmen dafür die eingebildeten Bilder in den Tagesthemen, die das besagte Interview einleiteten mit einem Bericht über zunehmend "verwahrlosende westdeutsche Städte wie Dortmund oder Duisburg zur besten Sendezeit, der an finsterste Zeiten Deutscher Geschichte erinnerte.

Dabei ist - abgesehen davon, dass die von ihm angesprochenen Ausweisung von freizügigkeitsberechtigten Unionsbürgern völlig illegal wäre - juristisch von Justiz und Lehre durchaus anerkannt, dass auch permanente, sich zu einer ausweglosen Situation akkumulierende Diskriminierungen von Drittstaatlern eine Verfolgung im Sinne des Asylrechts sein kann, Asylanträge von Roma aus Serbien oder Mazedonien also durchaus begründet sein könnten. Siehe dazu Rechtsanwalt Reinhard Marx: Sozialrechtliche Diskriminierung als Fluchtgrund - zum Begriff der Diskriminierung und seiner flüchtlingsrechtlichen Relevanz. (Link am Ende)

Der Innenminister von Berlin, Frank Henkel reagiert wiederum auf die Zuwanderung indem er seit 10 Jahren zum ersten Mal wieder ohne formale Ankündigung Roma aus Bosnien und Serbien abschieben ließ, obwohl viele traumatisiert und in psychologischer und medizinischer Behandlung waren. Eine Klientin unserer Flüchtlingsorganisation, die auch abgeschoben wurde, war als Kind mit 13 Jahren vergewaltigt worden, Wir wissen, dass unsere Klienten in der alten Heimat in die Wohnungslosigkeit geschickt werden. Sie sind dort mittellos, ohne medizinische Versorgung und zudem permanenten Diskriminierungen ausgesetzt. Zudem werden vermutlich zusätzliche Strafen wegen der Abschiebung auch im Heimatland erfolgen. (Siehe dazu den Bericht von Dr. Karin Waringo über Serbien - ein sicheres Herkunftsland für Flüchtlinge?, Link am Ende)

Zwar ist die Situation in den Herkunftsländern aus afrikanischen Staaten und dem Südosten Europas völlig unterschiedlich, die desperate persönliche Situation der Flüchtlinge in den Heimatländern dennoch vergleichbar. Auch hier sagte ein Senatsvertreter eine Woche zuvor auf einer Konferenz "Saore Roma - Ein Jahr Roma Mahnmal", Minderheiten der Roma würden in Berlin derzeit nicht abgeschoben. Zu den Details der Realität letzte Woche in Berlin siehe den offenen Protestbrief der OASE Berlin am Ende.

In Berlin und Hamburg, aber auch an kleinen Dörfern sind die Verwaltungen zudem völlig überfordert mit der Wohnsituation von Flüchtlingen, mit der simplen zur Verfügungstellung von Wohnraum, wie dies in der EU Aufnahme richtlinie gefordert wird. In Berlin werden teilweise Gutscheine für Hostels ausgegeben, natürlich ohne die Hotelbetreiber zu informieren - nicht zu sprechen von der rechtzeitigen Information der Anwohner. So entwickelt sich eine Hysterisierung, obwohl die politische Lage eine völlig andere als in den 90er Jahren ist und die Situation beispielsweise der syrischen Flüchtlinge seit langer Zeit bekannt ist, so dass auch ein staatliches Resettlement Programm schon vor einem Jahr gestartet wurde, insofern sich die Verwaltungen sich gut auf die Erhöhung der Flüchtlingszahlen hätten vorbereiten können, zumal im Vergleich auch die Zahlen der 90er noch längst nicht erreicht sind.

In der EU reagiert man auf die Katastrophe von Lampedusa mit der Forderung nach einer "Verbesserung der Situation in der Herkunftsstaaten" - was am Beispiel Syriens recht unrealistisch, wenn nicht zynisch annutet und mit der reflexartigen Forderung mit einer Verstärkung der Grenzkontrollen, der Erhöhung des Budgets für Frontex und dem Programm "Eurosur" um die Festung Europa weiter zu sichern. Um das "Flüchtlingsproblem" möglichst noch weiter von der EU wegzuschieben, werden wieder Forderungen nach einer

Vorverlagerung der Kontrollen außerhalb der EU erhoben, wie dies Mitte der 2000er unter anderem von Tony Blair schon gefordert worden ist. Siehe dazu meinen Artikel im Freitag „Pufferzone - Der Flüchtling unserer Wahl“ von 2005 <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-fluechtling-unserer-wahl>

Gerade hat Pro Asyl und ARD Monitor “Festung Europa, Die Schuld der EU-Grenzwächter” <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2013/1017/europa.php5> berichtet, dass Frontex Teil des Problems ist und nicht Teil der Lösung. Es berichtete von den regelmäßigen illegalen Frontexoperationen so genannten “push backs” in Mittelmeer, bei denen anstatt zu helfen die Boote in Drittstaaten außerhalb der EU abgedrängt wurden, helfende Fischer dagegen als Schlepper kriminalisiert wurden. Dies war seit Jahren bekannt, wurde bislang jedoch nur von unabhängigen Journalisten und Organisationen berichtet, so dem italienischen Journalisten Gabriele del Grande oder von Mitarbeitern des *Borderline Europe* Vereins auf deren Blog.

So dokumentiert im neuen Bericht von Pro Asyl: (Link am Ende)

"Zwei kamen mit uns. Zwei maskierte Männer und der Kapitän waren an Bord. Zwei standen am Strand. Sie befestigten eines unserer Boote mit einem Seil und zogen uns zurück ins Meer. Dann löschten sie die Lichter und ließen nur ein Rücklicht an. Sie riefen: „Geht!“ Sie drängten uns zurück auf unser Boot und behandelten uns wie Tiere. Sie verschwanden. Als sie etwa 100 Meter entfernt waren, machten sie ihre Lichter wieder an." (A.K.)

"Sie brachten uns bis in die türkischen Gewässer und warfen uns, einen nach dem anderen, auf unser Boot. Einer von uns fiel ins Meer und wir zogen ihn wieder aus dem Wasser. Sie warfen uns weg, als wären wir Abfall. Dann schnitten sie das Seil durch." (A.K.N.)

Im offiziellen Video von Frontex hört sich das anders an:

“Respect for human rights applies to everything Frontex does - it’s one of the core values of Frontex and the border guard community, which means that effective border controls are achieved by fully respecting and promoting fundamental rights”

(am Ende im offiziellen Frontex Video - Video Transkript J.S.)

<https://www.youtube.com/watch?v=6ylKQ1L65ZM>

Insofern bringt H.L.Gremliza es in der Konkret, November 2013 auf den Punkt, wenn er schreibt:

"Es geht auch nicht nur um unterlassene Hilfeleistung. Es geht um staatlich konzessionierten Mord, Massenmord. Schon wer sich auf die Diskussionen um Quoten und Vergleiche einlässt und wollte er nur den Lügen des Innenministers widersprechen, Deutschland sei das Land, das die meisten Flüchtlinge aufnimmt, beteiligt sich ungewollt an der Verharmlosung, wenn nicht Vertuschung dieses Verbrechens".

Da also der EU nichts anders einfällt, als noch mehr Geld an Frontex und dem neuen Programm Eurosur zu verteilen und nicht auf die Idee kommt, stattdessen endlich die Dublin Verordnung zu ändern, um eine andere “Lastenverteilung” (welches Unwort!) der Flüchtlingsaufnahme innerhalb der EU zu erreichen, es vielmehr als eine Errungenschaft feiert, dass es nun, 23 Jahre nach der ersten Dublin Verordnung 1990 es bei *Dublin III* endlich einen Rechtsschutz gegen Überstellungen im Verfahren gibt, dagegen gute Reformvorschläge von Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden nach einem humanitären

Korridor für Asylsuchende, Möglichkeiten Asyl in der jeweiligen Botschaft im Landesinneren beantragen zu können, ein System des „Free choice“ im Asylverfahren des Landes zu etablieren, wenn eine Beziehung zum Zielstaat vorliegt, eine Idee, die so im übrigen schon im ersten Entwurf der Asylverfahrensrichtlinie vorgesehen war, aber damals Anfang 2001 von Deutschland und Italien abgelehnt wurde- oder zumindest eine Verbesserung der restriktiven Familiennachzugsmöglichkeit für syrische Familienghöriger von Asylsuchenden zu schaffen -

Da all diese Vorschläge diskussionslos in den EU Verhandlungen abgelehnt werden, sind die selbst organisierten Proteste der Flüchtlinge am Oranienplatz, in Hamburg und Bundesweit und Organisationen wie „Lampedusa in Hamburg“ der Stachel im Fleisch der Flüchtlingspolitik.

Ohne zynisch klingen zu wollen und in der Hoffnung, dass Pogrome gegen die tapferen Flüchtlinge wie in den 90ern in den Orten der neu errichteten Unterkünften verhindert werden durch sensibilisierte Politiker und Flüchtlingsorganisationen: Schafft ein, zwei viele Lampedusas in Hamburg als Symbol der verfehlten Politik in der EU, sonst wird sich nie etwas ändern an der Schande der Gemeinsamen Europäischen Flüchtlingspolitik, deren Ziel es einmal war, gemeinsame Mindeststandards auf hoher Schutzniveau in der EU zu etablieren.

Oder wie auf dem Plakat bei der Besetzung des EU Parlamentsgebäudes unter den Linden zu lesen war „EU - Stop killing refugees“.

Dem ist in seiner Klarheit nichts hinzuzufügen.

Quellen / weitere Informationen / Literatur:

<http://asylstrikeberlin.wordpress.com/> (Berliner Gruppe)

<http://www.lampedusa-in-hamburg.org/> (Hamburger Gruppe)

Pro Asyl: Ausführlicher Bericht zu den push backs:

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/voelkerrechtswidrige_push_backs_europaeische_komplizenschaft-1/

Reinhard Marx: Sozialrechtliche Diskriminierung als Fluchtgrund - zum Begriff der Diskriminierung und seiner flüchtlingsrechtlichen Relevanz.

http://www.ramarx.de/publication_download/Beitrag_Marx_AM7-8-13_130726.pdf

Offener Brief der OASE Berlin an Innensenator Berlin Frank Henkel wegen der Abschiebung von Roma am 1.11. <http://www.oase-berlin.org/?p=4823>

Dr. Karin Waringo, Serbien - ein sicherer Herkunftsstaat für Asylsuchende? -

http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf

Weitere Informationen zu Situation in der EU und den Aussengrenzen :

<http://www.borderline-europe.de/>

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Festung Europa, Die Schuld der EU-Grenzwächter:

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2013/1017/europa.php5>

Blog Welcome to Europe: <http://w2eu.net/>